

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 20. August 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0095

Übergänge aus Grundsicherung in Beschäftigung - Broschüre der Bundesagentur für Arbeit, Juni 2008

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.06.2008-

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. wie hoch die Übergangsrate in Wiesbaden von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bzw. Arbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist;
2. auf welchen Platz Wiesbaden im Vergleich mit allen anderen Trägern der Grundsicherung in entsprechender Arbeitsmarktlage landet;
3. wie Wiesbaden in entsprechender Arbeitsmarktlage abschneidet im Vergleich zu anderen Optionskommunen bzw. ARGE n bzw. Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung;
4. wie der Magistrat die Kernthese der Broschüre bewertet, wonach „in den Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften die Integration in Beschäftigung besser gelingt als bei den zugelassenen kommunalen Trägern“;
5. ob der Magistrat Kenntnisse besitzt, ob diejenigen Träger der Grundsicherung mit einer höheren Übergangsrate als Wiesbaden, andere Maßnahmen als Wiesbaden durchführen, die auch hier mit Erfolg eingeführt werden könnten;
6. was der Magistrat außerdem an Maßnahmen plant, um die Übergangsrate in Wiesbaden zu verbessern.

Beschluss Nr. 0311

Der mündliche Bericht des Magistrats (Dezernat VI) wird zur Kenntnis genommen.

Es wird weiterhin zur Kenntnis genommen, dass der Magistrat (Dezernat VI) zugesagt hat, einen ausführlichen schriftlichen Bericht vorzulegen.

Der Antrag ist damit und durch die Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2008

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .08.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .08.2008

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister